

Wilhelm Hofmeister **Demokratie- förderung in Lateinamerika**

Ziele und Instrumente angesichts veränderter Rahmenbedingungen in der Entwicklungs- zusammenarbeit einer politischen Stiftung

Mit ihrer internationalen Zusammenarbeit hat die Konrad-Adenauer-Stiftung in den vergangenen Jahrzehnten nicht nur einen wichtigen Beitrag geleistet zur Verbreitung christlich-demokratischer Wertvorstellungen, sondern auch zur Vermittlung eines neuen Deutschlandbildes nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Veränderungen des internationalen Systems nach dem Mauerfall und dem Ende der Bipolarität, die Herausforderungen der Globalisierung und das rückläufige Interesse an Entwicklungszusammenarbeit zwingt die Stiftung zu einer Neudefinition ihres Engagements in der Zukunft. Ihr Eintreten für Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit ist heute aktueller und notwendiger denn je, doch braucht sie dafür eine entschiedeneren Unterstützung von Seiten der Politik. Angesichts bedrohlicher Mittelkürzungen muss sie sich auf politische Kernaufgaben beschränken. Lateinamerika ist ein „natürlicher“, aber keineswegs bequemer Partner. Demokratiepolitische Ziele finden nirgends so viel Akzeptanz wie hier. Zugleich gibt es noch immer genügend Probleme, zu deren Bewältigung die Stiftung einen sinnvollen Beitrag leisten kann. Sie hat in Lateinamerika großes politisches Kapital für Deutschland angehäuft, das nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden sollte und dessen Verlust kaum durch ein Engagement in anderen Regionen zu kompensieren wäre.

Zehn Jahre nach der Öffnung der Berliner Mauer und dem Ende des Kalten Krieges ist es angebracht, nach den heutigen Aufgaben und Perspektiven der internationalen Arbeit der politischen Stiftungen zu fragen. Der Staub, den der Mauerfall aufwirbelte, hat sich gelegt. Der Blick auf das Gelände ist frei und wir erkennen, daß sich vieles geändert hat. Deshalb müssen wir die Arbeit der Stiftungen nüchtern analysieren und dem veränderten Umfeld anpassen. Das ist unvermeidlich, wenn sie auch in Zukunft gestalten und nicht bloß Opfer der Veränderungen sein wollen.

■ **Das Erbe**

Wer für die Zukunft planen will, sollte seinen Blick zunächst auf die Vergangenheit richten. Dadurch werden Wurzeln und bisherige Leistungen einer auf die Verbesserung der politischen Rahmenbedingungen setzenden Entwicklungszusammenarbeit deutlich, und es wird erkennbar, worauf aufgebaut werden kann. Beim Blick auf die Vergangenheit sollen zwei Aspekte hervorgehoben werden:

1. Auftrag und Ziele der internationalen Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung:
 - Natürlich ging es im Falle der Konrad-Adenauer-Stiftung in erster Linie darum, die politischen Ideen und die Wertvorstellungen der christlich-demokratischen Bewegung offen und offensiv zu vertreten, dafür zu werben und Partner in der Welt zu unterstützen, die ähnliche Auffassungen vertraten.
 - Zudem war die Arbeit der politischen Stiftungen eingebettet in die Weltkonstellation des Ost-West-Konflikts: die Konrad-Adenauer-Stiftung hat Position bezogen und in Lateinamerika, aber auch andernorts in der Zusammenarbeit mit Parteien und

- anderen Gruppen dazu beigetragen, die Systemauseinandersetzung im westlichen Sinne zu führen.
- Nicht zuletzt wollte die Stiftung nach Krieg und Naziherrschaft in der Welt ein neues Deutschlandbild vermitteln.
2. Die bisherigen Leistungen:
- Die Konrad-Adenauer-Stiftung war insgesamt erfolgreich bei der Verwirklichung ihrer Ziele: Ihre politischen Partner haben – nicht immer und nicht überall, aber in wichtigen Momenten und an wichtiger Stelle – Einfluss auf die politische und gesellschaftliche Entwicklung ihrer Länder genommen; die Stiftung hat sich für repräsentative Demokratie und soziale Marktwirtschaft gegenüber Sozialismus und Kommunismus eingesetzt; sie hat dazu beigetragen, das Ansehen Deutschlands in der Welt zu stärken und Freunde für unser Land zu gewinnen.
 - Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat regional und sektoral klein begonnen, und sie ist heute in allen Weltgegenden und in vielen Bereichen präsent; Themen, Arbeitsschwerpunkte, Instrumente und Methoden haben sich über die Jahrzehnte deutlich verändert; Offenheit gegenüber Veränderungen war Voraussetzung des Erfolgs.

■ Die Herausforderungen

Die internationale Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung wird heute ebenso wie in der Vergangenheit bestimmt durch das politische Umfeld in Deutschland sowie durch die Entwicklung des internationalen Systems. Beides hat sich in den letzten Jahren, seit dem Mauerfall, gründlich gewandelt. Das heißt, die Grundlagen und Voraussetzungen der internationalen Arbeit der Stiftung haben sich nachhaltig verändert. Damit ergeben sich neue Anfragen an die Arbeit der Stiftung. Einige Aspekte sollen hervorgehoben werden:

1. Demokratie und Marktwirtschaft werden heute als zentrale Ordnungselemente einer modernen Gesellschaft nahezu überall anerkannt. Dafür treten heute viele ein – vom IWF bis hin zu den reformierten unter den kommunistischen Parteien. Das heißt aber auch: Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist verwechselbarer, austauschbarer, ja in manchen Bereichen unbedeutender geworden. Andere kön-

- nen mittlerweile manches ebensogut, vielleicht sogar besser als die KAS. Die Frage, die sich hier stellt, lautet: Wenn alle das Gleiche wollen, wie kann die Stiftung das Spezifische, Unverwechselbare ihrer Position und ihres Kooperationsansatzes deutlich machen? Wo liegen ihre komparativen Vorteile und wie kann sie diese noch deutlicher ins Zentrum ihrer Arbeit stellen?
2. Die Entwicklungszusammenarbeit im Sinne der solidarischen Unterstützung armer Menschen und armer Länder durch die wohlhabenderen Staaten und Gesellschaften unterliegt einem tiefgreifenden Wandel. Erstens haben sich – nicht zuletzt als Folge der Entwicklungszusammenarbeit und trotz aller noch bestehenden Probleme – viele Indikatoren von „Entwicklung“ in den letzten Jahren gebessert (Wirtschaftsentwicklung, Lebenserwartung, Alphabetisierung, medizinische Versorgung, Rückgang der Kindersterblichkeit und der Geburtenraten). Zweitens geht die Bereitschaft der reichen Länder zur Bereitstellung von Entwicklungsgeldern kontinuierlich zurück. Drittens verlieren Entwicklungsgelder gegenüber anderen Kapitalquellen zunehmend an Bedeutung; 1998 waren von den 275 Milliarden US-Dollar Nettokapitalzuflüssen in Entwicklungsländer 150 Milliarden Direktinvestitionen und 25 Milliarden private Bankkredite; nur 50 Milliarden, weniger als ein Fünftel jener Summe, waren staatliche Entwicklungsgelder. Die Frage lautet: welche Formen der Zusammenarbeit sind heute noch zeitgemäß, sinnvoll und notwendig – und können wir in diesem Rahmen einen originären Beitrag leisten?
 3. Das *global village* muss sein Zusammenleben neu regeln. Fragen nach der Ordnung dieses Zusammenlebens, nach den Strukturen des internationalen Systems, nach Grundlagen und Gestalt der künftigen Ordnung haben eine große Bedeutung. Die Frage ist hier: Welchen Beitrag leisten wir bei der Debatte um die Zukunftsfragen des internationalen Systems? Wird dieser Beitrag wahrgenommen und welche Wirkung erzielen wir?
 4. Die Christliche Demokratie hat sich nicht, wie wir ursprünglich einmal meinten oder hofften, als der maßgebliche politische Entwurf für die Gestaltung politischer Ordnung in der Welt durchge-

setzt. Die Gestaltungskraft der Christlichen Demokraten ist zur Zeit recht schwach. Es wird immer schwieriger, christlich-demokratische Parteien als Volksparteien zusammenzuhalten, oder umgekehrt: Volksparteien einen prägenden Charakter als christlich-demokratische Parteien zu geben. Die Frage ist: Welche Konsequenzen hat die Krise der Christlichen Demokratie für die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung?

5. Viele Parteien, mit denen die Stiftung lange Jahre zusammengearbeitet hat, sind bedeutungslos geworden. Dies wurde in den letzten Jahren ausgeglichen durch die Zusammenarbeit mit anderen Parteien, für die eine einheitliche Kategorisierung schwerfällt. Wir sprechen heute von Parteien der politischen Mitte. Aber was heißt das? Der programmatische, um nicht zu sagen ideologische, Leitfadensatz ist mittlerweile sehr gedehnt worden und die Vorteile aus einer engen Zusammenarbeit mit einzelnen Parteien sind nicht immer erkennbar. So stellt sich die Frage: Welche Konsequenzen hat diese Erfahrung für die künftige Zusammenarbeit mit politischen Parteien?
6. Deutschland und seine Rolle im internationalen System haben sich verändert. Von der globalen Verantwortung, von der gelegentlich gesprochen wird, ist entgegen den Versicherungen in der ersten Zeit nach der Wiedervereinigung zumindest auf der Südhalbkugel der Erde nur wenig zu spüren. Die Zusammenarbeit mit den Ländern des Südens und gerade auch die Entwicklungszusammenarbeit haben in der deutschen Politik nur einen geringen Stellenwert – und das gilt ja leider auch für die Christlich-Demokratische Union. Dabei wird man volles Verständnis dafür haben, dass die Prioritäten der deutschen Außenpolitik ganz eindeutig den Entwicklungen in Europa gelten. Die Frage lautet: Werden die politischen Stiftungen überhaupt noch gebraucht, um politische Interessen Deutschlands gegenüber der Welt zu vertreten?
7. Die finanzielle Lage der Konrad-Adenauer-Stiftung wird immer schwieriger. Wenn man sieht, dass in der mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung bei den Zuschüssen an gesellschaftliche Gruppen (Stiftungen, Kirchen, freie Träger) nach den 77,4 Millionen im laufenden Jahr in den kom-

1) Vgl. Bundesfinanzministerium (Hrsg.): *Deutschland erneuern. Zukunftsprogramm zur Sicherung von Arbeit, Wachstum und sozialer Stabilität.* Grundsatzpapier der Bundesregierung zum Entwurf des Bundeshaushalts 2000 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2005. Bonn 1999.

menden Jahren 126,1 (2001), 138,8 (2002) und 144,5 (2003) Millionen DM eingespart werden sollen,¹⁾ dann stellt sich die Frage: Womit sollen die Stiftungen ihre Arbeit finanzieren und wie reagieren sie auf diese Einschnitte?

Lange Jahre, in der Zeit des Ost-West-Konflikts, in der unmissverständliche politische Stellungnahmen verlangt waren (und die zugleich eine Zeit kontinuierlicher Zuwächse von Förderungsmitteln und finanzieller Unbekümmertheit war), waren Auftrag und Ziele der internationalen Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung eindeutig. Die Umstände haben sich aber verändert und man fragt sich manchmal, ob der Auftrag und die Ziele, die mit der internationalen Arbeit der Stiftung verfolgt werden, ihren Auftraggebern noch genau so klar sind wie früher? Das aber ist eine wesentliche Voraussetzung für unsere Arbeit; denn den politischen Auftrag, in dessen Namen wir tätig sind, können wir uns selbst nicht geben.

Wenn es nur eine Frage des Geldes ist, ob wir in einem Land vertreten sind oder nicht, und wenn heute der Erfolg der Arbeit auch daran gemessen wird, dass wir geräuschlos einige Türen schließen und die Zahl der Mitarbeiter verringern, wenn die politischen Folgen einer Einschränkung unseres Engagements offensichtlich gering sind oder als gering eingeschätzt werden, dann ist das doch auch ein bedenkenswerter Hinweis auf die tatsächliche oder angenommene politische Bedeutung unserer Arbeit. Ich fürchte, es wird, je nach Haushaltslage, nicht mehr allzu lange dauern, bis wir weitgehend überflüssig geworden sind und vielleicht nur noch hier und dort eher symbolische Präsenz verkörpern. Wir können weniger machen und deshalb machen wir weniger und weil wir weniger machen, lässt man uns noch weniger machen, bis wir gar nichts mehr machen können.

Ich frage einmal ganz unkompliziert: Wird unser politischer Auftrag von der deutschen Politik ernst genommen? Angenommen, er wird, warum setzt sich dann gegenwärtig niemand offensiv für die Arbeit der Stiftungen ein?

■ Der Auftrag

Die Antwort auf diese zentrale Frage kann ich nicht geben. Sie muss in letzter Instanz von der CDU Deutschlands und auch den anderen Parteien kom-

men; denn wir sind letztlich politische Auftragnehmer der deutschen Parteien.

Dennoch will ich aus meiner, d.h. der Sicht der „Arbeitsebene“, einige Antworten auf die gestellten Fragen und entsprechend auch Konsequenzen für unsere Arbeit vorstellen. Dabei will ich zunächst unterstreichen, dass wir meiner Meinung nach auch in Zukunft einen wichtigen und eigenständigen Beitrag zur internationalen Zusammenarbeit leisten können. Denn die Notwendigkeit für Zusammenarbeit ist ja nicht geringer geworden. Die Kehrseite der erwähnten positiven Entwicklungen ist doch, dass es weiterhin eine ganze Reihe von Ländern gibt, die am Rande stehen. Nur wenige Länder erhalten den Löwenanteil an Investitionen, die Ungleichgewichte zwischen Arm und Reich nehmen im Weltmaßstab eher zu; zwischen den Staaten, aber auch innerhalb einzelner Länder klaffen die Lebenschancen der Menschen immer stärker auseinander; Fragen nach der politischen Ordnung im nationalen und internationalen Rahmen sind von brennender Aktualität.

Dabei geht es nicht nur um *good governance*, ein „handwerklich“ ordentliches, transparentes und berechenbares Regierungsmanagement. Das wird heute ja vielerorts schon geleistet (und ich glaube sogar, dass die Weltbank, der IWF und andere Organisationen hier durchaus vernünftige Zuarbeit leisten). Uns aber geht es bei der Diskussion von politischer Ordnung um mehr, nämlich um Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit – Werte, denen unsere Arbeit verpflichtet ist. Das sind unsere Orientierungspunkte für die Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Diese Orientierung macht die Konrad-Adenauer-Stiftung unverwechselbar und unterscheidet sie von anderen Organisationen, die ihr in manchen „technischen“ Fragen möglicherweise überlegen sind. Dieser politische Auftrag aber muss im Zentrum ihrer Arbeit stehen.

■ Die Konsequenzen

Im Hinblick auf diesen Auftrag sollen jetzt einige Konsequenzen formuliert werden, die aus den Entwicklungen und Veränderungen im Umfeld der Entwicklungszusammenarbeit gezogen werden sollten.

1. Die Konrad-Adenauer-Stiftung muss sich auf politische Kernaufgaben konzentrieren. Das ist insbesondere die Behandlung politischer und gesellschaftlicher Ordnungsfragen und berührt den Bereich der politischen Institutionen, der Normen und Werte und der politischen Aktion. Die Kernaufgaben sollten vor allem über zwei Ansätze verfolgt werden: über die Zusammenarbeit mit politischen und intellektuellen Eliten eines Landes (Meinungsmacher und Entscheider) und über politische Bildung, um auch breiteren Gruppen eine Teilnahme, d.h. Partizipation am Prozess der politischen Meinungsbildung und Entscheidung zu ermöglichen. Das wird ja auch in der vom Vorstand der Konrad-Adenauer-Stiftung am 17. März 2000 verabschiedeten Standortbestimmung *Die internationale Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung – Ziele, Aufgaben, Programme und Projekte* betont.²⁾ Aber das muss auch umgesetzt werden.
2. Die Entwicklung von Demokratie ist ohne Parteien nicht möglich. Bei der Zusammenarbeit mit politischen Eliten muss die Kooperation mit Parteien einen herausgehobenen Rang behalten. Allerdings ist die feste Bindung an eine bestimmte Partei in vielen Fällen mittlerweile problematisch, besonders dort, wo die Partnerparteien politisch bedeutungslos sind oder zu werden drohen oder wo diese selbst keine feste Verankerung in dem Wertekodex erkennen lassen, dem wir verbunden sind. Zudem muss man zur Kenntnis nehmen, dass Parteien in Präsidialsystemen anders funktionieren als in parlamentarischen Systemen. Man sollte daher die eigenen Erwartungen im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit Parteien korrigieren. Zu raten ist deshalb zu politischem Pragmatismus – nicht Opportunismus. Das bedeutet, dass zwar auf Parteien zugeschnittene Maßnahmen durchgeführt werden, die Stiftung dabei jedoch ein größeres Maß an Unabhängigkeit behält und selbst noch stärker Einfluss auf die Inhalte zu nehmen versucht. Die „Parteinahme“ im Sinne der Anbindung an eine bestimmte Partei hatte in der Zeit des Ost-West-Konflikts eine konkrete politische Bedeutung, die heute nicht mehr besteht. Da der zentrale politische Partner der Konrad-Adenauer-Stiftung, die CDU Deutschlands, bis auf wenige Ausnah-

2) Es wird hier vom „Vorrang von Projekten der politischen Bildung und Beratung“ gesprochen. (Sankt Augustin 2000, S. 14.)

men im Grunde genommen keine engeren Partnerschaften außerhalb Europas sucht, sollte auch die Stiftung flexibler sein bei der Zusammenarbeit mit einzelnen Parteien. Sie kann dadurch für die Konsolidierung von Demokratie mit mehr Nutzen arbeiten als durch die Anbindung an einen zweifelhaften Partner.

Dass bestimmte Parteien weiterhin exklusiv von den Mitteln der Stiftung profitieren wollen, ist ein anderes Thema. In diesem Zusammenhang soll offen eingestanden werden, dass mittlerweile mehr und mehr Zweifel an einer institutionellen Förderung der ODCA aufkommen. Die ODCA-Mitglieder selbst müssen beweisen, was ihnen der Verband wert ist. Die Stiftung sollte sich auf die Förderung einzelner Maßnahmen beschränken, bei denen sie eine deutliche Mitsprache hat. Dann ist sie, wie sich immer wieder zeigt, erfolgreicher.

3. Die Zusammenarbeit mit den intellektuellen Eliten ist eine zentrale Aufgabe, weil die Stiftung auf diesem Weg ins Zentrum der politischen Meinungsbildung und Entscheidung vorstößt. Allerdings ist der Kontakt zu den intellektuellen Eliten außerhalb Europas heute schwieriger. Deren Bindungen nach Europa, zumal nach Deutschland, sind brüchiger geworden. Vor allem aber sind die Eliten kompetenter geworden; wir können ihnen heute nichts mehr vormachen. Selbst in den ärmsten Ländern gibt es mittlerweile eine große Zahl von gut ausgebildeten Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern, Juristen etc. Doch häufig fehlt es im öffentlichen oder gesellschaftlichen Bereich noch an Ressourcen, dank derer diese geistigen Eliten ihre Fähigkeiten in den Dienst der Gemeinschaft stellen. Zu diesen Eliten muss die Stiftung den Kontakt suchen, ihnen Denkaufgaben stellen und Foren schaffen, damit sie ihre soziale Kompetenz fördert und damit sie die gesellschaftspolitische Diskussion ihrer Länder anregen. Die Stipendienprogramme der Konrad-Adenauer-Stiftung haben hier übrigens eine große Bedeutung, und es ist sehr zu wünschen, dass in diesem Bereich die Abstimmung noch weiter verbessert wird.
4. Politische Bildung bleibt die Grundlage der Auslandsarbeit politischer Stiftungen. Das ist eine permanente Aufgabe, und wohl in keinem anderen

Bereich (außer der Zusammenarbeit mit Parteien, aber das hängt sehr eng mit der Bildungsaufgabe zusammen) können sie für soviel Exklusivität und Erfahrung für sich in Anspruch nehmen wie im Bereich der politischen Bildung. Nur dürfen sie nicht kurzfristig erzielbare spektakuläre Ergebnisse erwarten. Doch mittel- und langfristig zahlt sich die Bildungsarbeit aus. Man kann davon überzeugt sein, dass die politischen Partner der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Vergangenheit vor allem darum erfolgreich waren, weil sie der politischen Bildung größere Aufmerksamkeit und Sorgfalt widmeten als in späteren Jahren. In dem Maße aber, in dem auch neue Aufgaben übernommen werden mussten, wurde möglicherweise der politischen Bildungsarbeit nicht mehr immer die gebührende Aufmerksamkeit gewidmet. Deshalb sollten neue Anstrengungen für eine zeitgemäße Bildungsarbeit unternommen werden.

5. Neben der *good governance* auf nationaler Ebene geht es heute immer stärker auch um *global governance*. Das heißt, wir sollten verstärkt internationale Strukturfragen angehen. Gemeint sind damit die Grundlagen, Regeln, Institutionen und Strukturen für gerechte Entwicklung. Die universellen Grundwerte, der globale Rechtsrahmen, die Kompetenzen und das Zusammenspiel internationaler Organisationen, die Transparenz und Berechenbarkeit des Finanzsystems, eine internationale Friedensordnung und ihre Durchsetzung auf der Basis eines erweiterten Sicherheitsbegriffs – das sind die zentralen Themen der internationalen Strukturdebatte. Bei der Diskussion über diese Themen können wir auf der internationalen Ebene ebenso wie bei den Ordnungsfragen im nationalen Rahmen eine wichtige Aufgabe übernehmen. Hier sollten wir noch mehr Präsenz zeigen. Unser großer Vorteil besteht darin, dass wir Politik und Geist zusammenbringen können und dass wir – anders als staatliche oder supranationale Organisationen – selbst Position beziehen können. Das sollten wir noch mehr nutzen.
6. Die Konzentration auf wenige Kernaufgaben – und das beinhaltet ja immer noch eine breite Palette von Themen und Arbeitsfeldern – bedeutet, dass wir die Arbeit in etlichen Sektoren ein-

- stellen müssen. Das ist zwar schmerzhaft, aber auch ohne weiteres möglich
- weil entweder andere hier mittlerweile mehr zu bieten haben (Geld und auch Know-how); z.B. bei den Kleinunternehmern oder beim Umweltschutz oder im Agrarbereich;
 - weil die Zusammenarbeit letztlich fruchtlos bleibt, etwa in Bereichen, in denen unsere Partner es nicht vermochten, einen nennenswerten Einfluss auf gesellschaftspolitische Entwicklungen zu nehmen, und in denen wir keine ausreichende Erfahrung anzubieten haben; oder
 - weil es sich um Projekte handelt, die zwar lokal und für eine begrenzte Zahl von Menschen eine große Bedeutung haben, deren „Ausstrahlungseffekte“ aber letztlich gering bleiben (das bezieht sich auf Projekte der Sozialstrukturhilfe). So wichtig solche Initiativen und Organisationen sind – die „Zivilgesellschaft“ ist keine Alternative zur „politischen Gesellschaft“ mit ihren Institutionen. Diese aber steht für die Konrad-Adenauer-Stiftung eindeutig im Vordergrund.
7. Das Partnerprinzip muss ein Grundelement der Zusammenarbeit bleiben. Doch im Zentrum unserer Arbeit müssen die Eigenmaßnahmen stehen; die traditionelle Projektförderung einzelner Partner kann dies komplementär ergänzen. Die langfristig angelegte institutionelle Förderung sollte in Zukunft eher die Ausnahme sein; nur im Bereich der politischen Bildung sehe ich dafür auch mittelfristig noch die Voraussetzungen. Ansonsten gilt die Bündelung von Projekten statt Einzelprojektförderung. Ohnehin erscheint es mir angesichts der heutigen Preisverhältnisse, nicht nur in Lateinamerika, problematisch, mehr als maximal zwei Partnerprojekte pro Land zu fördern. Mit geringen Mitteln sind keine großen Resultate zu erzielen; nennenswerte Impulse sind von unterfinanzierten Partnern nicht zu erwarten.
8. Wir müssen versuchen, noch stärker nach Deutschland hineinzuwirken, um über internationale Entwicklungen zu informieren und für die Probleme der internationalen und Entwicklungspolitik Interesse zu wecken, um Meinungsbildung und damit auch Entscheidungen zu beeinflussen. Es ist bekannt, wie schwer das ist. Doch ist es unverzicht-

bar. In diesem Kontext muss die Bereitschaft noch wachsen, die vorhandenen Foren und Instrumente ständig zu verbessern (Publikationen, Veranstaltungen, Deutschlandprogramme).

9. Überhaupt müssen wir bereit sein, unsere Maßnahmen den sich verändernden Bedingungen anzupassen. Das meint die Formen der Veranstaltungen, die Qualität der Publikationen, die Auswahl von Kurzzeitexperten, die Nutzung des Internet, die Organisation von Deutschlandprogrammen, die Stipendien.

Diese Punkte könnten angesichts der veränderten Rahmenbedingungen für die künftige Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung einen Orientierungsrahmen abgeben. Nur wenn einige tiefe Schnitte vorgenommen werden, können wir zukunftsfähig bleiben. Alles andere ist Illusion. Da geht es der KAS nicht besser als anderen Institutionen oder Unternehmen.

■ Lateinamerika

Lateinamerika hat in der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung traditionell einen besonderen Stellenwert. Doch zur Zeit hat Lateinamerika in Deutschland keine Konjunktur. Die Politik verfolgt andere Prioritäten, das Engagement der Wirtschaft lässt im internationalen Vergleich nach, an den Hochschulen werden Lehrstühle gestrichen oder umgewidmet, die Medien berichten nur sporadisch, Organisationen und Initiativen aus der Gesellschaft haben in Ost- und Südosteuropa neue wichtige Tätigkeitsfelder. Die Bindungen werden brüchiger. Dem entspricht, dass sich auch die Lateinamerikaner mehr und mehr anders orientieren. Man hat seinen Frieden gemacht mit dem ungeliebten Bruder aus dem Norden, man sucht eine engere Anbindung an Asien, die Jugendlichen studieren in den USA (was die Orientierungen und Bindungen der künftigen Eliten entscheidend beeinflussen wird!), und die amerikanische Freihandelszone (ein Projekt, über das manche Europäer noch hochnäsiger lächeln) wird das Beziehungsgefüge zwischen Lateinamerika, Europa und den USA weiter verschieben. Gleichwohl haben die Europäer ein anhaltendes Interesse an einer „strategischen Partnerschaft“.

Was kann eine politische Stiftung in diesem Kontext tun? – Es sollte uns bewusst bleiben, dass Lateinamerika ein „natürlicher“ und ein wichtiger, aber

keineswegs ein bequemer Partner Europas ist. Für unsere politischen Ordnungsvorstellungen finden wir nirgends soviel Akzeptanz wie hier. Und wir wissen, dass es noch immer genügend Probleme gibt, zu deren Bewältigung wir einen sinnvollen Beitrag leisten können. Auch sollte uns bewusst sein, dass wir bisher gerade hier in Lateinamerika viel von dem ersetzt haben, was Regierung oder Parlament nicht leisten konnten oder wollten, d.h. wir haben Politik und Gesellschaft Deutschlands vertreten. Auch das ist eine ungemein wichtige Funktion.

Wir sollten unser Kapital in Lateinamerika nicht leichtfertig aufgeben. Was wir hier verlieren, werden wir andernorts nicht gewinnen. Auch wenn heute erfreulicherweise in aller Welt der Ruf nach Demokratie laut geworden ist: die kulturelle Nähe zu Europa ist nirgends so groß wie in Lateinamerika, und für unsere demokratiepolitischen Ziele werden wir andernorts kaum vergleichbare Ansprechpartner und Akzeptanz finden. Es wäre daher ein großer Fehler, wenn wir dieses Erbe leichtfertig aus der Hand gäben.